

# AUKUS: Unter der Oberfläche

Die Zusammenarbeit zwischen Australien, Grossbritannien und den USA im Bereich Verteidigungstechnologie signalisiert einen Strategieumschwung Washingtons in der Region. Durch AUKUS demonstrieren die USA Geschlossenheit mit ihren wichtigen Verbündeten – insbesondere gegenüber China – und stellen den strategischen Nutzen über Grundsätze der Nichtverbreitung und diplomatische Belange.

Von Niklas Masuhr  
und Névine Schepers

Im September 2021 kündigten Australien, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten die trilaterale Sicherheitspartnerschaft AUKUS an. Die drei Staaten wollen mit diesem neuen Format ihre Verteidigungskooperation in den vier Bereichen Künstliche Intelligenz (KI), Cyber-, Quanten- und Unterwassertechnologien ausbauen. Dazu gehört auch die Entwicklung einer australischen Flotte von atomar angetriebenen Jagd-U-Booten (SSN) mithilfe von Technologietransfer aus den USA und Grossbritannien. Die Folgen der neuen Partnerschaft sind in vielerlei Hinsicht gravierend und mit Unsicherheiten verbunden.

Erstens verdeutlicht AUKUS die Überzeugung aller drei Partnerstaaten, wonach Chinas Handeln eine systemische und militärische Herausforderung ihrer Interessen sowie der regionalen und globalen Sicherheitsordnung darstelle. Diesem Umstand soll die Partnerschaft entgegenwirken. Des Weiteren manifestiert sie die strategische Neuausrichtung der USA auf den asiatisch-pazifischen Raum. Zweitens wenden sich die Partner durch die gemeinsame Nutzung atomarer Antriebstechnik für U-Boote von der bisherigen Praxis der Nichtverbreitung und dem Erhalt strategischer Funktionen in der Rüstungsbranche und der zivilen Kernindustrie ab. Solchen nuklearen Technologietransfer gab es bis dato nur 1958, als Teil US-britischer Kooperati-



Im Mai 2020 beteiligte sich die Royal Australian Navy an gemeinsamen Übungen mit der US Navy im Südchinesischen Meer. *Reuters*

on, durch die auch Londons Atomwaffenprogramm unterstützt wurde. Drittens intensiviert AUKUS die Verlagerung der Machtdynamik und spaltet so die Region zunehmend in eine von den USA geführte und eine von China geführte Ordnung. Dies setzt nicht nur asiatisch-pazifische sondern auch andere – insbesondere europäische – Staaten, die ein Interesse an der Region haben, zunehmend unter Druck, Position zu beziehen, obwohl viele von ihnen China nicht als Bedrohung bezeichnen und sich die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit Peking lieber offenhalten möchten.

Eine erste Analyse der militärischen Tragweite der Partnerschaft, ihrer Auswirkungen auf die Atomwaffenverbreitung und ihrer Folgen für den asiatisch-pazifischen Raum und Europa gibt Aufschluss über breitere strategische Tendenzen in der Region sowie Risiken und Chancen.

## Einordnung von AUKUS

Im Kern ist AUKUS eine Partnerschaft für Verteidigungskooperation, Technologietransfer und verbesserte militärische Interoperabilität. Ein Bündnis im eigentlichen Sinn ist es nicht, da die USA bereits Bündnisbeziehungen zu Australien (ANZUS-

Vertrag) und Grossbritannien (gegenseitiges Verteidigungsabkommen und die NATO) unterhalten. Zwischen Grossbritannien und Australien besteht eine etablierte bilaterale Partnerschaft, und alle drei Staaten sind Teil der Geheimdienstallianz «Five Eyes». AUKUS beruht auch nicht auf einem einzelnen Dokument, sondern auf einer Reihe von Vereinbarungen und

## AUKUS muss sich mit anderen Allianzen, Partnerschaften und Gegnern in der Region und darüber hinaus auseinandersetzen.

Verlautbarungen. Es handelt sich so um eine Zwischenform aus formalem Bündnis und multidimensionaler Rüstungsvereinbarung. Ob es sich zu einem stärker institutionalisierten Mechanismus, einem flexiblen «minilateralen» Format mit eher geringer Bedeutung oder einer auf Technologie beschränkten Vereinbarung entwickelt, hängt davon ab, wie Canberra, London und Washington im Laufe der Zeit mit zwei wichtigen Herausforderungen umgehen.

Zum einen muss sich AUKUS mit anderen Allianzen und Partnerschaften in der Region und darüber hinaus, aber auch mit Gegnern auseinandersetzen. Der Start verlief bereits wenig verheissungsvoll: Allein die Ankündigung von AUKUS löste eine diplomatische Krise mit Frankreich aus – Bündnispartner der USA und Grossbritanniens – und liess dessen 66 Milliarden US-Dollar schweren Vertrag mit Australien für dieselbetriebene U-Boote platzen. In der Region fürchtet man, dass AUKUS das Wettüben befeuern und die Stabilität auch ohne Chinas weiteres Zutun zusätzlich verringern könnte. Auch damit werden sich die drei Staaten befassen müssen.

Zum anderen hat das australische SSN-Programm, das bislang grösste und komplexeste Verteidigungsprojekt des Landes, keine eindeutigen oder zeitnahen Lösungen vorzuweisen. Es muss nicht nur der Prüfung durch das Parlament standhalten, sondern sich auch in mehreren Wahlzyklen durchsetzen. Die Partnerregierungen begutachten derzeit die zahlreichen Parameter des SSN-Programms in einer ersten Konsultationsphase, die noch mindestens bis März 2023 andauern soll.

### Militärstrategisches Versprechen

Voraussichtlich wird die Royal Australian Navy (RAN) nicht vor den 2040er-Jahren

mit betriebsbereiten SSNs beliefert. SSNs machen jedoch nur ein Element der angekündigten AUKUS-Vereinbarungen aus. Aus diesem Grund lohnt sich ein Blick auf den regionalen strategischen Kontext. Die USA erachten militärische Kompatibilität und Interoperabilität als Hauptprioritäten für ihre Bündnisstruktur in der Pazifikregion. Sie benötigen daher eine nahtlose Integration der verbündeten Truppen in ihre eigenen Formationen, von der Ausrüstung über die logistischen Anforderungen bis hin zu Taktiken und Verfahren, um gemeinsam operieren zu können. Mit ihrem Verteidigungsprogramm im Rahmen der NATO verfolgen sie in Europa ähnliche Prioritäten, wobei im asiatisch-pazifischen Raum eher Kompetenzen im Marine- und Luftwaffenbereich gefragt sind.

Die Plattformen, die die drei AUKUS-Partner für die Kriegsführung über lange Distanzen im Pazifik benötigen, gleichen sich schon jetzt. Dies gilt besonders für die jeweiligen Luftstreitkräfte. Hier dienen ähnliche oder identische Plattformen als Luftraum-Frühwarnsysteme, Seeaufklärungs- und Mehrzweckkampfflugzeuge. Diese Gemeinsamkeit erlaubt es den USA, ihre Netzwerke aus Sensoren und Waffensystemen in der gesamten Region mit den Einrichtungen ihrer engen militärischen Verbündeten zu verknüpfen.

Daneben sieht AUKUS die gemeinsame Entwicklung von vier weiteren Technologieclustern für strategische und militärische Anwendungen vor. Mithilfe von KI sollen in militärischen Anwendungen Planungs- und Battle-Management-Systeme verbessert sowie Informationsgewinnung und -auswertung optimiert oder sogar automatisiert werden. Ob in naher Zukunft autonome unbemannte Militärplattformen in Betrieb gehen, hängt ebenfalls von den Fortschritten auf dem Gebiet der KI ab. Auch aufkommende Quantentechnologien sollen für ähnliche Zwecke genutzt werden. Ausserdem erfordert die vernetzte Kriegsführung über lange Distanzen Kommunikationssicherheit. Deshalb stehen auch Cyberkapazitäten auf dem AUKUS-Plan, wie etwa die Fähigkeit, offensiv feindliche Befehle und Kontrollmassnahmen zu stören oder defensiv zivile Infrastrukturen und Wirtschaftsakteure zu schützen. Und schliesslich wollen die Unterzeichnerstaaten in die Entwicklung unbemannter Unterwasserfahrzeuge (UUVs) investieren. Diese dürften künftig einen

wesentlichen Teil der Unterseekriegsführung ausmachen, indem sie die Verteilung von Sensoren und Waffensystemen auf mehrere Plattformen ermöglichen.

Da die SSN-Entwicklung noch weit in der Zukunft liegt, könnten die Technologiecluster in der näheren Zukunft einen grösseren militärisch-strategischen Nutzen haben als die U-Boote. Frankreich und seine Diesel-Elektrik-Flotte wurden sowohl aus militärischen als auch aus politischen Gründen zugunsten einer atombetriebenen Plattform «ausgebootet». Der entscheidende Vorteil atomarer Antriebstechnik liegt in der Ausdauer und Schnelligkeit und somit in der Reichweite. Hier zeigen sich die US-amerikanischen Szenarien eines Konflikts mit China. Mit Atom-U-Booten könnte die australische Untersee-Flotte weiter nach Norden gelangen und die Marine der Volksrepublik näher an der chinesischen Küste bekämpfen. Diesel-elektrische U-Boote wären dagegen taktisch besser für Operationen in der Nähe von Australien geeignet, was für die Streitkräfteaufstellung des Pentagons weniger nützlich wäre.

Welche U-Boot-Klasse die RAN eines Tages in Betrieb nehmen kann, ist derzeit unklar, da sich noch keine deutliche Option abzeichnet. Während die britische Astute-Klasse durch geringere Kosten und Besatzungsanforderungen überzeugt, bietet die Virginia-Klasse der USA eine höhere Nutzlast und einen moderneren Antriebsreaktor. Canberra muss also einen schwierigen Kompromiss finden: Einerseits hat es schon Mühe, die bestehende Flotte seiner Collins-Klasse zu besetzen, andererseits lockt die möglicherweise längere Lebensdauer der Virginia-Plattform, die ausserdem leichter mit UUVs koppelbar ist. Aktuell lassen es jedoch weder die Kapazitäten der USA noch die Grossbritanniens zu, zusätzliche U-Boote für die RAN zu produzieren, um die Lücke von 20 Jahren, bis die nächste U-Boot-Generation betriebsbereit ist, abzudecken. Dies liegt unter anderem daran, dass für beide Länder die Modernisierung der eigenen Flotte strategischer (also mit Atomwaffen ausgestatteter) U-Boote Vorrang hat.

Doch damit nicht genug: Eine weitere grosse Herausforderung ist die Ausbildung von Offizieren und Besatzungen, für die Australien ebenfalls die Unterstützung seiner Partner benötigt. Die Kernreaktoren und die dafür erforderlichen Kompetenzen und Infrastrukturen verkomplizieren die Pläne Canberras zusätzlich. Nicht zuletzt

weicht der Atom-U-Boot-Deal zudem durch die offenkundige Ausnutzung eines Schlupflochs im Sicherungssystem die Grundsätze des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (*Nuclear Non-proliferation Treaty*, NPT) auf.

### Besorgnis über die Verbreitung

Die Entwicklung von nuklearer Antriebstechnik für U-Boote und die Herstellung von Atomwaffen sind zwar zwei völlig verschiedene Vorhaben, aber bei beiden kommt spaltbares Material zum Einsatz. Deshalb betreiben bisher nur Länder, die über Atomwaffen verfügen, Schiffe mit entsprechendem Antrieb. Allerdings sind auch Staaten ohne Atomwaffen berechtigt, atomar angetriebene Schiffe zu bauen. Gemäss den mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) vereinbarten Sicherungsmassnahmen kann Kernmaterial daher für eine «nicht verbotene militärische Aktivität» wie etwa Antriebstechnik von den Sicherungsmassnahmen ausgenommen werden. Dieses Schlupfloch rührt daher, dass die IAEA nicht überwachen kann, ob in U-Booten Kernmaterial genutzt wird, und dass sich Nicht-Atomwaffenstaaten den grösstmöglichen Zugang zu nuklearen Tätigkeiten (mit Ausnahme von Waffen) sichern möchten. Bisher wurde diese Ausnahme zwar nicht in Anspruch genommen, doch

## Der Atom-U-Boot-Deal nutzt ein Schlupfloch aus und weicht dadurch die Grundsätze des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags auf.

in den NPT-Staaten ist die damit einhergehende Verbreitungsgefahr seit Langem ein Streitthema.

Die USA haben deutlich gemacht, dass es sich bei dem Technologietransfer an Australien um einen Einzelfall handelt, der nur aufgrund des bisherigen und zugesagten Nichtverbreitungsengagements Australiens infrage kam. Australien setzt die Vorschriften des NPT aktiv um, beteiligt sich an weiteren multilateralen Initiativen zur Förderung der Transparenz und hat sich zur Umsetzung aller wesentlichen Ausfuhrkontrollmechanismen, Vereinbarungen für nukleare Sicherheit und Nichtverbreitungsabkommen verpflichtet. Dazu zählt auch der Vertrag von Rarotonga für eine atomwaffenfreie Zone im Südpazifik. Da Australien nicht vorhat, Kapazitäten zur Urananreicherung zu entwickeln, und höchstwahrscheinlich nur bereits beladene

und versiegelte Reaktoren erhalten wird – was die Abzweigung von Kernmaterial ausschliesst –, geht das Verbreitungsrisiko gegen null. Das Hauptproblem ist aber, dass damit ein Präzedenzfall für die Umgehung des NPT geschaffen wird, auf den sich andere Staaten künftig berufen könnten, um eigene Liefer- oder Anreicherungsprogramme zu rechtfertigen. Die Erfüllung der Sicherungsvereinbarungen durch die Staaten hängt eher von einem politischen als einem juristischen Prozess innerhalb der IAEA ab. Entsprechend würde es ein derartiger Präzedenzfall bei einem mutmasslichen Verstoss erschweren, die Einhaltung mithilfe von Sanktionen durchzusetzen. Letztlich könnte sich daraus eine Doppelmoral ergeben, was Staaten wie Russland und China den USA und ihren Verbündeten schon seit Längerem vorwerfen.

Während Frankreich und China ihre Atom-U-Boote mit niedrig angereichertem Uran (*low-enriched uranium*, LEU) antreiben, verwenden Indien, Russland, Grossbritannien und die USA hochangereichertes Uran (HEU), das für Atomwaffen geeignet ist. Die fortgesetzte weltweite Nutzung von HEU stellt eine Verbreitungsgefahr dar, die die USA im Zusammenhang mit zivilen Forschungsreaktoren zu entschärfen versuchten. Bei U-Booten sträubt sich Washington allerdings dagegen, mit der Begründung, dass eine Umrüstung der Antriebe auf LEU zu teuer sei, womit sich abermals eine Doppelmoral manifestiert. Für die australischen U-Boote wird voraussichtlich HEU aus dem US-amerikanischen Arsenal der Brennstoff der Wahl sein. Eine solche Begründung für die Verwendung von HEU in Nicht-Atomwaffenstaaten zu liefern, ist umstritten, zumal die Verhandlungen bezüglich eines vertraglichen Verbots der Produktion von spaltbarem Material stocken.

AUKUS bietet auch die Gelegenheit, sich mit diesen Verbreitungsbedenken auseinanderzusetzen, indem das latente NPT-Schlupfloch erneut thematisiert wird. Angesichts der hervorragenden Referenzen Australiens in Fragen der Nichtverbreitung könnte die Partnerschaft die Schaffung eines strengen Modells anstossen, mit Auflagen, die Nicht-Atomwaffenstaaten erfüllen müssen, wenn sie nukleare Antriebstechnik erwerben. Expertinnen und Experten schlagen hierfür unter anderem die Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls zur Sicherungsvereinbarung, eine Mindestdauer

### Weiterführende Literatur

James M. Acton, «**Why the AUKUS Submarine Deal is Bad for Nonproliferation – And what to Do about it**», *Carnegie Endowment for International Peace*, 21.09.2021.

Tanya Ogilvie-White / John Gower, «**A Deeper Dive Into AUKUS. Risks and Benefits for the Asia-Pacific**», *Asia-Pacific Leadership Network for Nuclear Non-Proliferation and Disarmament*, 05.10.2021.

Andrew Nicholls / Jackson Dowie / Marcus Hellyer, «**Implementing Australia's Nuclear Submarine Program**», *Australian Strategic Policy Institute*, 14.12.2021.

für die vollständige Erfüllung der Sicherungsmassnahmen und die externe Lieferung von Kernbrennstoffen vor. Da Australien die meisten dieser Punkte ohnehin bereits erfüllt, könnte dies als Neudefinition der Regeln zum eigenen Vorteil aufgefasst werden. In einem zusätzlichen Schritt könnte AUKUS mit der IAEA nichtinvasive Sicherungsmassnahmen ausloten. Vorschläge dazu liegen bereits vor und liessen sich gemeinschaftlich weiterentwickeln.

### Bündnisse versus Partnerschaften

Eine mögliche Verbreitung von Atomwaffen ist einer der beiden Haupteinwände Pekings gegen AUKUS; der andere ist die Gefährdung der Stabilität in der Region und die Rückkehr zu einer «Mentalität des Kalten Krieges». Beide Narrative stützen sich auf parallele Vorbehalte des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN) gegenüber AUKUS. China hat jüngst zugesagt, das Protokoll des Bangkok-Vertrags für eine atomwaffenfreie Zone in Südostasien unabhängig von anderen Nuklearstaaten zu unterzeichnen. Damit will Peking die ASEAN-Staaten besänftigen, für die Abrüstung eines der wichtigsten ausserpolitischen Ziele ist. So dürfte China auch die Unterstützung von Staaten gewinnen, denen der durch den US-Transfer von nuklearer Antriebstechnik nach Australien geschaffene Präzedenzfall nicht behagt, und kann gleichzeitig von seiner eigenen atomaren Aufrüstung ablenken.

Die Ankündigung von AUKUS schürt Befürchtungen der südostasiatischen Staaten, die Partnerschaft könne inklusive Ansätze in der Region aushebeln und ein geschichtetes Bündnissystem einführen. Selbst Staaten wie Singapur, die recht fest an der Seite Washingtons stehen, fühlen sich



möglicherweise vor den Kopf gestossen, weil AUKUS eine Hierarchie der Verbündeten und Partner Washingtons aufstellt. AUKUS könnte heissen, dass sich die USA im Fall einer Uneinigkeit stets auf die Seite Australiens schlagen. Selbst diese den USA zugewandten Regierungen könnten sich angesichts der von AUKUS implizierten binären Wahl und der zunehmenden Versicherheitlichung und Militarisierung von Beziehungen unwohl fühlen. Manche von ihnen würden gern sowohl mit den USA als auch mit China kooperieren und ärgern sich darüber, dass Washington sie zu einer Entscheidung zwingen will. Die eher verhaltene Reaktion Japans und Südkoreas widerspiegelt ihre Unsicherheit bezüglich einer möglichen Zusammenarbeit mit dem AUKUS-Format. Der «exklusive Charakter» der Weitergabe von Antriebstechnik für U-Boote an Australien brüskiert insbesondere Seoul. In der Vergangenheit hatten die USA es stets abgelehnt, die südkoreanischen Pläne zur Entwicklung eines SSN-Programms zu unterstützen, wobei als Grund die nukleare Verbreitungsproblematik genannt wurde.

Australien selbst muss einen unverhältnismässig grossen Teil der Risiken schultern, die die Partnerschaft für die Zukunft der Region birgt. Die Partnerschaft mit den USA in dieser Form militärisch auszubauen, ist ein Wagnis. Die Stellung Washingtons und die Rolle Australiens im asiatisch-pazifischen Raum sind nicht in Stein gemeisselt, ebenso wenig wie die Überzeugung, dass die USA in einem potenziellen bewaffneten Konflikt mit China gewinnen würden. Dennoch könnte sich das Risiko auszahlen, denn Australien wird in der Region allein schon wegen der geografischen Lage immer exponierter sein als die USA oder Grossbritannien – mit oder ohne AUKUS.

### Ein Riss im transatlantischen Gefüge?

Europa interessiert in diesem Zusammenhang vor allem, ob AUKUS ein Symptom oder ein Treiber für die US-amerikanische Priorisierung der Region Asien-Pazifik ist. Im Moment sieht es nach beidem aus: Washingtons Wunsch, sich westwärts zu orientieren, geht auf die Anfänge der Präsidentschaft von George W. Bush zurück und China hat sich in der Zwischenzeit klar von einem Konkurrenten zu einem

Widersacher entwickelt. Bei der zweiten Frage, die die europäischen Hauptstädte beschäftigt, geht es um die Art und Weise, wie AUKUS den französisch-australischen U-Boot-Deal platzen liess: Handelte es sich um mangelndes diplomatisches Feingefühl oder gar um eine generelle, kalt-schnäuzige Missachtung kontinentaleuropäischer Interessen? Hinzu kam, dass die AUKUS-Nachricht die Bekanntgabe der eigenen Indo-Pazifik-Strategie der EU in den Schatten stellte. Dies drängte Europa trotz seiner Bemühungen, in der Region mitzumischen, erneut ins Abseits. Ähnlich wie bei den ASEAN-Staaten verursacht der Fokus von AUKUS auf harte Macht auch bei einigen europäischen Staaten Unbehagen. Etwas weniger Eindeutigkeit wäre ihnen hinsichtlich der Beziehungen zu China lieber.

Dass die Partnerschaft nur vier Wochen nach dem Fall Kabuls bekannt gegeben wurde, lieferte Verfechtern einer grösseren Autonomie Europas neue Munition. Die Ereignisse 2022 haben jedoch gezeigt, dass eine solche Interpretation – zumindest vorerst – zu stark vereinfacht ist. Angesichts der russischen Aggression gegen die Ukraine nehmen die USA die Ängste der NATO-Staaten in Osteuropa ernst, trotz der offensichtlichen Präferenz für die Region Asien-Pazifik. Frankreich hat keinen Partner auf dem europäischen Kontinent, der die logistische und operative Unterstützung der USA (und sogar Grossbritanniens) bei der Machtprojektion und der massgeblichen Beteiligung an grösseren Stabilisierungsoperationen in Subsahara-Afrika ersetzen kann. Zwar sind die diplomatischen Beziehungen infolge der Ankündigung von AUKUS merklich abgekühlt, doch keines der Lager möchte es sich auf lange Sicht mit seinen Verbündeten verscherzen.

### Ausblick

Die weitreichenden Folgen der Partnerschaft für die Region bleiben zunächst ungewiss. Eine konkrete Abschätzung ist voraussichtlich erst dann möglich, wenn verschiedene Fragen zum Umfang und zur Intensität der künftigen Zusammenarbeit geklärt sind. Sie hängt auch davon ab, ob sich das trilaterale U-Boot-Programm als Erfolg oder Misserfolg erweist. Hinweise

darauf sind nicht vor dem Abschluss der ersten Konsultationen Anfang 2023 zu erwarten. Beim Risiko wird Australien den Löwenanteil tragen, da es bereit ist, seine eigene Abwehrkapazität gegen die kollektive Handlungsfähigkeit einzutauschen. Abgesehen von den möglichen Vorteilen von AUKUS muss Canberra auf der politischen Ebene wohl mit mehr Schwierigkeiten rechnen, insbesondere bei seinen ASEAN-Beziehungen.

Hinsichtlich der Nichtverbreitung scheinen die USA mit AUKUS einen Sinneswandel vollzogen zu haben. Angesichts der wahrgenommenen militärischen Bedrohungen, die von China und Russland ausgehen, weichen etablierte Normen, die bei früheren, insbesondere von den USA forcierten Bemühungen möglicherweise als Treiber gedient haben, in einer Zeit des offenen Konkurrenzkampfs unter den Grossmächten einem selektiveren Ansatz. Die Tatsache, dass die USA sensible Technologien verbreiten und damit als einziges nukleares Lieferland das NPT-Schlupfloch nutzen, zeigt, wie schwierig es ist, die neuen Anforderungen an Abschreckung, Krisenstabilität und Nichtverbreitung in Einklang zu bringen. Letztere wurde kurzerhand zugunsten der anderen beiden zurückgestellt. Eine weitere Variable, die sich im Moment noch schwer beziffern lässt, ist die Wirkung, die AUKUS und allgemein der Wandel der USA hin zu einer noch stärker auf Versicherheitlichung und Militarisierung ausgerichteten Strategie auf Peking haben werden. Ob dieser Kurswechsel den chinesischen Einfluss begrenzen oder durch die Eröffnung nutzbarer politischer Räume begünstigen wird, bleibt abzuwarten.

Für mehr zu Militärdoktrin und Rüstungsbeschaffung, siehe [CSS Themenseite](#).

**Niklas Masuhr** ist Researcher im Team Globale Sicherheit am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

**Névine Schepers** ist Senior Researcher im Team Schweizerische und Euro-Atlantische Sicherheit am CSS.

Die **CSS Analysen zur Sicherheitspolitik** werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch.

Herausgeber: Benno Zogg  
Lektorat: Benno Zogg  
Layout und Grafiken: Rosa Guggenheim

Feedback und Kommentare: [analysen@sipo.gess.ethz.ch](mailto:analysen@sipo.gess.ethz.ch)  
Weitere Ausgaben und Abonnement: [www.css.ethz.ch/cssanalysen](http://www.css.ethz.ch/cssanalysen)

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

**Der Zustand des Islamischen Staats** Nr. 299  
**Das Prinzip der fähigkeitsbasierten Planung** Nr. 298  
**Nationale Ansätze zum Schutz vor Ransomware** Nr. 297  
**Cybersicherheit im Gesundheitswesen regulieren** Nr. 296  
**Mikrochips: klein und gefragt** Nr. 295  
**Die Taliban im Fokus Chinas und Russlands** Nr. 294

© 2022 Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich  
ISSN: 2296-0236; DOI: 10.3929/ethz-b-000533847